



Widerstand braucht das Land

„Der Aufschwung ist da“ schreiben landauf, landab die bürgerlichen Zeitungen. Die Stimmung sei von Zuversicht geprägt und der „Patient Deutschland fühlt frühlingshafte Kraft in seinen Gliedern“. Doch die Fakten, die vertuscht werden sollen, um mögliche soziale Unruhen zu vermeiden, sind andere: Um fünf Prozent ging 2009 das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland zurück. Einen vergleichsweise so dramatischen Einbruch gab es zuletzt vor knapp 80 Jahren. Und diese Tendenzen dürften sich in diesem Jahr fortsetzen.

Wer also jetzt vom Ende der Krise redet, verhöhnt die Menschen. Denn vielen steht das dicke Ende der Krise noch bevor: die Arbeitslosigkeit. Bisher wurde der Arbeitsplatzabbau durch die Kurzarbeit gebremst. Aber über kurz oder lang beginnen die Entlassungen. Mehr als die Hälfte der Dax-Konzerne hat in der Krise umfangreiche und ausgeklügelte Sparprogramme aufgelegt.

Zugleich hat im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Dutzend Dax-Konzerne so viel wie noch nie ver-

dient. Sie konnten die Gewinne im laufenden Jahr um mehr als 30 Prozent steigern. Vor allem die Banken und Finanzinstitute verdienen wieder gut. Mit anderen Worten: Die Finanzinstitute, die die Krise am stärksten mit verursacht haben, kommen am besten aus ihr heraus. Das zeigen auch ihre Gewinne, wie Deutsche Bank: 5 Mrd. Euro Gewinn und Münchener Rück mit 2,6 Mrd. Gewinn.

Um diese Zahlen zu verdeutlichen: Früher haben wir gelernt, dass über die Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro, des Hartz-IV-Regelsatzes von 345 auf 351 Euro oder der Renten um 5 Euro wochenlang diskutiert wurde, weil sie möglicherweise zum Staatsbankrott führen könnten. Heute werden über Nacht 18, 26, 30 oder 50 Milliarden Euro von der Regierung für die Banken locker gemacht.

■ 4 Milliarden: – das war die Summe, die zu Beginn für die Bayerische Landesbank fällig war – 4 Milliarden: von Geburt an jede Woche eine Million im Lotto – 50 Wochen im Jahr. Gratulation: zum 80. Geburtstag

haben sie 4 Milliarden Euro.

■ 1 000 Milliarden: (das ist die Summe, die nach Schätzung des Finanzministeriums die deutschen Banken an faulen Wertpapieren und Krediten in ihren Bilanzen haben): wenn Sie bzw. Ihre Ahnen jeden einzelnen Tag seit Christi Geburt eine Million Euro ausgegeben haben, und Sie halten das noch 730 Jahre durch, dann haben sie 1 000 Milliarden oder 1 Billion verprasst.

Würde man die knapp eine Million Millionäre im Lande mit einer Vermögensteuer von 5 % belasten, kämen rund 150 Milliarden Euro in die Staatskasse. Geld, das gebraucht würde, für den Erhalt und Ausbau von Kinder- und Jugendeinrichtungen, von bezahlbaren Kulturprojekten, für ein soziales Gesundheitswesen, für den Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur wie öffentliche Bibliotheken, Sanierung von Schulen und vielem mehr.

Darum fordern wir gemeinsam mit dem bundesweiten Bündnis: „Wir zahlen nicht für Eure Krise – Zwingen wir die Profiteure zur

Kasse“. Unterstützt die weiteren Aktionen. Wir sind dabei am 12. Juni zur Demonstration in Berlin und anderswo.

Sparprogramme als Gewinn-treiber Die Konzerne sanieren sich auf Kosten ihrer Beschäftigten. **Seite 2**

Aus Angst wird Mut Ein ermutigendes Beispiel gewerkschaftlicher und betrieblicher Arbeit. **Seite 3**

Betriebsratswahlen, bringt das was? Ein Gespräch mit Uwe Fritsch, Betriebsratsvorsitzender im VW-Werk Braunschweig **Seite 4**

Mehr Kriege – mehr Tote Am Karfreitag starben vier deutsche Soldaten im Kundus. **Seite 5**

Wie wollen wir leben? Die Arbeitswelt von Jugendlichen ist geprägt von: Praktika und Nichtübernahme. **Seite 6**

Unendlich befristet? Immer mehr Frauen arbeiten zu niedrigstem Lohn, in unfreiwilliger Teilzeit, befristet oder in Minijobs. **Seite 7**

Befreiung vom Faschismus Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland vom Faschismus befreit. **Seite 8**

Der Mensch geht vor Profit – den Kapitalismus überwinden!

Für notleidende Menschen war nie Geld da. Für notleidende Kredite und wackelnde Banken sind Regierung und Staat sofort eingesprungen. Mit dem Geld der Steuerzahler haben sie die Banken und die Vermögen der Reichen gerettet. Jetzt wachsen die Schulden der öffentlichen Haushalte ins Unermessliche. Während Mövenpick, die Unternehmen und die Reichen steuerlich entlastet werden, droht die Regierung der Bevölkerung mit Kürzungen bei allem was das Gemeinwesen ausmacht.

Aber die Banken schwimmen wieder im Geld. 5,2 Milliarden Euro Gewinn vor Steuern erzielte die Deutsche Bank im Jahr 2009. Aber nur schlappe 200 Millionen – 3,8 Prozent – holte sich der Fiskus. Die Verluste werden sozialisiert, der Gewinn ist privat. Der Staat rettete die Banken vor dem Kollaps. Zinsgünstig gab er Geld an die Banken, um es sich dann teuer bei den Banken für deren Rettung zu besorgen. Jetzt kassieren diese über Zinsen und Provisionen kräftig ab. Und die Bevölkerung muss nun zusehen, wie ihr Geld benutzt wird, Bonuszahlungen und Dividenden auszuzahlen.

Die Mehrheit der Bevölkerung bezahlt die Krise und die Rettung der Banken mit ihrem Einkommen, ihren Arbeitsplätzen, ihren sozialen Sicherungssystemen und ihren Lebensperspektiven. Aber die Reichen werden auch in der Krise immer reicher. Um 200 Milliarden Euro – auf sagenhafte 4 640 Milliarden Euro – ist der Geldberg der Reichen im Krisenjahr 2009 gewachsen. 200 Milliarden – das entspricht zwei Drittel des Bundeshaushaltes oder einem Drittel der gesamten Nettolohnsumme, die an die knapp 36 Millionen lohnabhän-

gig Beschäftigten in einem Jahr ausbezahlt wurde.

Kindergärten, Schulen und Straßen verrotten. Das Gesundheitswesen ist lebensgefährlich. AltenpflegerInnen arbeiten bis zum Umfallen und können die alten Menschen trotzdem nicht ausreichend betreuen. Kein Geld, heißt es aus Berlin. Aber für Rüstung ist das Geld immer vorhanden. Das Masaker der Bundeswehr in Kundus wird genutzt, um noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Mehr Panzer und Kanonen – fordern Rüstungsindustrie und ihre politischen Vertreter nach dem Tod junger Bundeswehrsoldaten. Dabei brauchen diese nicht bessere Ausrüstung, sondern ein Rückflugticket in die Heimat für den sofortigen Abzug aus Afghanistan. So wünscht es die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Aber Regierung und große Teile von SPD und Grünen ignorieren diesen Wunsch.

Das Ganze hat System. Das System heißt Kapitalismus.

Die Kluft zwischen der Antriebskraft dieses kapitalistischen Systems, nämlich der hemmungslosen Jagd nach Profit, und all dem, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht – sinnvolle Arbeit, menschliche Würde, Bildung, soziale Sicherheit, Umwelt, Demokratie, Solidarität – wird immer offensichtlicher. Und so wachsen Wut und Widerstand.

Noch haben das Kapital, seine Medien und seine politischen Vertreter die Macht – aber wir sind mehr. Uns gehört die Zukunft. Wenn wir gemeinsam und solidarisch handeln.

Wehren wir uns gegen die Abwälzung der Krisenlasten!

Die Reichen sollen zahlen!

Beginnen wir heute mit dem Kampf um die Zukunft!

Sparprogramme als Gewinntreiber

Die Konzerne sanieren sich auf Kosten ihrer Beschäftigten. Das Zauberwort bei den Dax-Konzernen heißt Sparprogramm. Es soll damit erreicht werden, dass der Konzern trotz stagnierender oder gar rückläufiger Umsätze ansehnliche Milliarden-Profitte macht. Siemens z. B. erzielte im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahrs das höchste operative Ergebnis seiner Firmengeschichte, obwohl der Umsatz um 12 Prozent einbrach. Die Dax-30-

Konzerne steigerten im vierten Quartal 2009 ihre operativen Gewinne gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 150 Prozent. Der entscheidende Grund für diese Gewinne sind vor allem die Kostensenkungen.

Mehr als die Hälfte der Dax-Konzerne hat jetzt in der Krise umfangreiche und ausgeklügelte Sparprogramme aufgelegt. Nach Berechnungen des Handelsblatts (27.1.2010) addieren sich allein die Einsparungen dieser Kostenreduzierungsprogramme auf 23 Milliarden Euro.

Diese Sparprogramme haben oft klangvolle Namen, wie z. B. Mobility in Motion (Siemens), Global Excellence (Henkel) oder Save for Service (Dt. Telekom). Die Beschäftigten bei der Telekom werden bald Save our Souls (SOS) funken müssen, denn 12 000 Beschäftigte allein in Deutschland sollen im Rahmen des Sparkurses über Bord gehen.

Wie man sich dagegen wehren kann zeigten vor kurzem Beschäftigte in Bad Neustadt. Unter dem Motto „Die Rhön steht auf“ demonstrierten auf dem Neustädter Marktplatz 8 000 Beschäftigte aus der gesamten Region für die Erhaltung der Arbeitsplätze der 840 Siemens-Beschäftigten.



www.marxistische-blaetter.de

Wege aus der Krise?

Die Krise als Fortsetzung der Akkumulation mit anderen Mitteln **Klaus Wagener** | Mitten in der Krise ein Finanzboom – Das Stamokap-Stück wird als Farce gespielt **Lucas Zeise** Kräfteverhältnisse und Verteilung – Krisenlasten in der BRD **Beate Landefeld** | Tarifkampf in der Krise **Manfred Dienerberger** Ökologischer Umbau“ der Automobilindustrie – Alternative zum Jobabbau? **Achim Bigus** | Weltwirtschaftskrise und zwei entgegengesetzte „3-K-Modelle“ als Antworten **Winfried Wolf**

Weitere Themen: USA in Haiti; Betriebsratswahlen 2010; Streik für Bildung; Was denkt China?; Friedensordnung und das Völkerrecht; Nietzsche – Sloterdijk, Sarrazin und die FDP; Burgfrieden in der Behindertenpolitik?; Reaktionäre am Rhein; Diskussion um den tendenziellen Fall der Profite

Bestellung: Neue Impulse Verlag
Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 • Fax: 0201-24 86 48 4
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



Einzelheft:
112 S., 8,50 €
Jahresabo: 45,00 €
Ermäßiggt: 30,00 €
Ältere Hefte schicken wir gerne auch kostenlos zu.

Aus Angst wird Mut!



Angst, vor allem die Angst um den Arbeitsplatz, ist in der Arbeitswelt weit verbreitet. Oft schüren Unternehmen gezielt Ängste oder nutzen diese, um Arbeits- und Einkommensbedingungen abzusenken sowie die Rechte der Beschäftigten auszuhebeln. Mit Angst wird heute in vielen Unternehmen Politik gemacht.

Obwohl die Zahl der Krankentage in den Betrieben wieder gesunken ist, sind die psychischen Erkrankungen auf einem Rekordniveau. Aber auch hinter den sinkenden krankheitsbedingten Ausfallzeiten in den Betrieben verbirgt sich oft rasant steigende Angst um den Arbeitsplatz. Depressionen gehören zu den drei großen Volks-

krankheiten, mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Betroffenen. Auch hier spielt die Angst der Menschen eine erhebliche Rolle.

Angst zu bewältigen und kollektiv Mut zu entwickeln ist ein Dreh- und Angelpunkt von betrieblicher Gewerkschaftsarbeit. Deshalb will sich ver.di mit den Ursachen auseinandersetzen und die Bedingungen verändern, aber auch die Menschen befähigen, mit ihrer Angst umzugehen und sie in Mut zu verwandeln. Die ver.di-Landesfachbereiche Handel aus Bayern, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben mit externen Sachverständigen das Projekt „Initiative Mut“ ins Leben gerufen. Es wird u.

a. gezeigt, wie Menschen durch kollektives, gewerkschaftliches Handeln wieder mehr Mut fassen können, um sich für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zu engagieren. Es werden lösungs-, beteiligungs- und handlungsorientierte Strategien beschrieben, die Schritt für Schritt die Belegschaft ermutigen für ihre Interessen einzutreten.

Ein ermutigendes Beispiel gewerkschaftlicher und betrieblicher Arbeit. Denn vor kaum etwas anderem haben Konzerne mehr Angst, als vor mutigen Beschäftigten und GewerkschafterInnen. (mehr unter www.handel.bayern.verdi.de/initiative_mut)

Aus dem DKP-Programm

Die Wirksamkeit der sozialen und politischen Bewegungen des Protestes gegen Neoliberalismus und die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung wird davon abhängen, wie sich vor allem der Widerstand der Belegschaften und Gewerkschaften international wie im Rahmen unseres Landes verstärkt und koordiniert wird; wie weit es gelingt, internationale Klassenkämpfe mit Aktionen der sozialen Bewegungen gegen Auswirkungen der imperialistischen Globalisierung zu verbinden und wie weit es gelingt, gegen den gemeinsamen Hauptgegner, die Transnationalen Konzerne, zu mobilisieren, wie es gelingt, Kampfformen zu entwickeln – wie z. B. international vernetzte Streikaktionen – die geeignet sind, politische Forderungen durchzusetzen.

Ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden



Name _____

Vorname _____

Straße _____

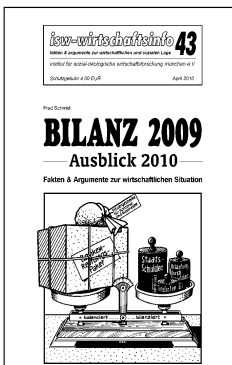
PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP-Parteivorstand
 Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp.de
 E-Mail: dkp.pv@t-online.de

ISW analysen. fakten. argumente.
 institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.



So stark wie 2009 schmierte die Wirtschaft in Nachkriegsdeutschland noch nie ab: Minus fünf Prozent. Die scharfe Rezession macht die meisten Menschen zu Krisenverlierern. Sie reißt Löcher in die Lohntütten, in die öffentlichen Haushalte und die Sozialkassen. Doch es gab auch Gewinner im krisenjahr: die Bonusempfänger der Investmentbanken, Aktionäre und Geldvermögensbesitzer. In 17 Einzelkapiteln – von Armut/Schulden über Einkommensverteilung, Gewinne/Profite, Investitionen, Löhne, ... bis zu Vorstandsbezüge und Vermögen/Reichtum – wird die wirtschaftliche und soziale Situation untersucht. Anschaulich aufbereitet mit zahlreichen Grafiken.

isw-wirtschaftsinfo 43
 April 2010 / 48 S. / 4,00 EUR + Vers.

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3,
 80639 München. fon 089-130041,
 fax 1689415 isw_muenchen@t-online.de

weitere Infos und alle lieferbaren isw-Publikationen siehe www.isw-muenchen.de

Unruhe stiften!

Über 1 000 Menschen haben den Aufruf „Unruhe stiften“ Künstlerinnen und Künstler gegen Rechts bisher unterzeichnet. In dem Aufruf heißt es u. a.:
Deshalb brauchen wir Unruhe:

- ★ Unruhe für eine solidarische multikulturelle Gesellschaft
- ★ Unruhe gegen Rechtsextremismus,
- ★ Ausländerfeindlichkeit und rechte Gewalt
- ★ Unruhe für soziale Umverteilung und soziale Gerechtigkeit
- ★ Unruhe gegen ein Deutschland der sozialen Eiszeit
- ★ Unruhe für ein friedliches Deutschland
- ★ Unruhe gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung
- ★ Unruhe für die Förderung kultureller Vielfalt.

Lesen sie und unterzeichnen sie den Aufruf:
www.unruhestiften.de

Impressum

UZ-EXTRA der sozialistischen Wochenzeitung UZ. Herausgeber: DKP-Parteivorstand. Redaktion UZ-Extra: Wolfgang Teuber, V.i.S.d.P.: Wolfgang Teuber, Chefredakteur. Hoffnungstr. 18, 45127 Essen. www.unsere-zeit.de Druck: Rollenoffset-Druck Kiel. Fotos: Detlef Deymann, dpa. Layout: KP.

Betriebsratswahlen, bringt das was?

Ein Gespräch mit Uwe Fritsch, Betriebsratsvorsitzender im VW-Werk Braunschweig



UZ: Die Beteiligung an Wahlen nimmt in der letzten Zeit immer mehr ab. Ist dies auch eine Erscheinung bei den Betriebsratswahlen und warum sollte man Betriebsräte wählen?

Uwe Fritsch: Die Beteiligung bei den Wahlen in den Volkswagen-Standorten ist etwas rückläufig, liegt aber immer noch über 70 Prozent. Davon haben über 90

Prozent die IG-Metall-Kandidaten gewählt.

Die Vorteile bei der Wahl aktiver Betriebsräte liegen auf der Hand. Viele Schutzrechte werden überhaupt erst wirksam, wenn ein Betriebsrat existiert. In Betrieben mit Betriebsräten werden höhere Entgelte gezahlt, weil die Betriebsräte auf die Einhaltung von Tarifen achten. Und, in der Krise ganz

wichtig, hat der Betriebsrat Möglichkeiten, bei Massenentlassungen aktiv zu werden.

UZ: Unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise erhöhen die Unternehmer immer mehr den Druck, fordern Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzungen und Arbeitsplatzabbau. Was nützen da Betriebsräte?

Uwe Fritsch: Natürlich dürfen wir

keine Illusionen haben. Letztendlich bestimmen in unserer Gesellschaft die Eigentümer und die Vorstände über Arbeitsplatzabbau und Verlagerung. Die Frage der Arbeitszeit ist ebenfalls stark abhängig vom Kräfteverhältnis. Gewerkschaftlich gut organisierte Belegschaften und konsequente Betriebsräte sind daher notwendig.

UZ: Gibt es bei euch Erfolge, die die Belegschaften mit ihren Betriebsräten durchgesetzt haben?

Uwe Fritsch: Bei Volkswagen dürfen bis 2014 keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden. Das Unternehmen muss für Beschäftigung sorgen. Aktive Betriebsräte und Belegschaften haben außerdem dafür gesorgt, dass ein VW-Gesetz existiert und erhalten blieb. Danach können Verlagerungen oder Schließungen von Werken nicht gegen die Beschäftigten durchgesetzt werden.

Arbeitsplatzsicherheit durch Mitbestimmung sind Ergebnis einer aktiven und aktionsorientierten Politik des Betriebsrates und der IG Metall. Diese Politik hat sich auch in dem Stimmenerfolg bei der Betriebsratswahl niedergeschlagen.

Lidl & KIK: Billig bis zum Umfallen



Hamburgs Verbraucherzentrale hat den Discounter Lidl dazu aufgefordert, eine Unterlassungserklärung zu unterschreiben und eine Verbandsklage gegen den Mega-Discounter Lidl beim Landgericht Heilbronn eingereicht: Der Han-

delskonzern soll nicht mehr damit werben dürfen, seine Produkte seien sozialverträglich hergestellt worden. Ganz egal ob Baby-Bodys, Trekkingblusen oder Laufhosen – bei Lidl kostet kaum ein Bekleidungsstück mehr als 15 Euro. Wer da zugreift, so suggeriert Lidl in der Werbung, muss dabei kein schlechtes Gewissen haben.

In Wahrheit werden diese Maßstäbe, wie eine in Auftrag der Verbraucherzentrale Hamburg gemachte Untersuchung in Bangladesh belegt, keineswegs beachtet. Untersuchungen in Dakka, der Hauptstadt von Bangladesh, ergaben erschreckende Ergebnisse: Die Beschäftigten, überwiegend Frauen, klagen darüber, dass sie regelmäßig Überstunden leisten müssen und diese Mehrarbeit kaum

bis gar nicht bezahlt werde. Die Arbeitszeit für die Näherinnen und Näher in den Lidl-Zulieferbetrieben beträgt oftmals bis zu 80 Stunden pro Woche, sieben Arbeitstage und Lohnabzüge für scheinbare Vergehen. Den Arbeiterinnen und Arbeitern wird ein Lohn von 2 700 bengalischen Taka gezahlt, was in etwa 27 Euro entspricht. Auf 60 Arbeitsstunden pro Woche umgerechnet beträgt der Stundenlohn damit 0,11 Euro. Der Lohn reicht nicht aus, um eine durchschnittliche Familie zu ernähren. Ein Arbeiter erzählte, „dass seine Kinder abends ohne Essen schlafen gehen müssen“. Arbeitern sei verboten sich gewerkschaftlich zu organisieren. Wer es wage, werde entlassen, an den Pranger gestellt oder müsse

fürchten von Schlägertrupps zusammengeschlagen zu werden. In allen untersuchten Firmen werde von sexuellen Belästigungen berichtet; Mädchen würden zum Teil gezwungen, sexuelle Beziehungen zu ihren Vorgesetzten einzugehen. Die Koordinatorin der Kampagne für Saubere Kleidung, Christiane Schnura, sagte dazu: „Die Erfahrungen haben gezeigt, Konzerne werden ihrer sozialen Verantwortung freiwillig nicht gerecht. Das was bei Lidl und KIK an Arbeitsrechtsverletzungen tagtäglich passiert, ist auch bei den anderen Discountern und Bekleidungsunternehmen bittere Realität. Wir brauchen endlich internationale Arbeitsgesetze und bei Verstößen dagegen deutliche, für die Konzerne schmerzhaft Sanktionen.“

Mehr Krieg, mehr Tote



Gastkolumne von Sevim Dagdelen (MdB)*

Am Karfreitag starben drei deutsche Soldaten in einem Gefecht nahe Kundus, acht weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Der so genannte „Entwicklungsminister“, Dirk Niebel, der just zu diesem Zeitpunkt in Afghanistan weilte, nahm dies zum Anlass, mit militä-

rischer Kopfbedeckung vor militärischen Wappen und versammelten Truppen Durchhalteparolen zum Besten zu geben. ...

Knapp zwei Wochen später – diesmal war Kriegsminister zu Guttenberg in Afghanistan – fielen erneut vier deutsche Soldaten.

Von der „Jetzt erst recht-Stimmung“, die der scheidende Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe, bei der Truppe ausgemacht haben will, war indes bei den Trauerfeierlichkeiten wenig zu sehen. Den Soldaten war die Angst und der Zweifel am Einsatz ins Gesicht geschrieben. Viele werden innerlich gebetet haben, dass der Minister bald wieder abreist, da ein Zusammenhang zwischen den Angriffen und dem Besuch hochrangiger Politiker aus Deutschland sich aufdrängt. Um die Stützpunk-



te, aus denen die gefallenen Soldaten kamen, steigt der Unmut von Familienangehörigen. Um deren Tod für den Fortbestand einer „glaubwürdigen“ NATO zu rechtfertigen, wurden erneut Terrorängste geschürt, die aber nicht mehr greifen. Dieser verlorene Krieg muss

beendet werden, um weitere Opfer zu vermeiden. Auf allen Seiten.

* *Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages.*

Aus UZ, Nr. 16, vom 23. April 2010

IG Metall: Gerechtigkeit schafft Frieden

... Auch 70 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges sind wir auf allen Kontinenten mit Kriegen konfrontiert. Die Ursachen für die Konflikte sind unterschiedlich. Doch Gewalt wird nicht mit Gewalt eingedämmt. Deshalb muss die Botschaft lauten: Dauerhaften Frieden können nur Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit schaffen.

Die deutsche Bundeswehr befindet sich in Afghanistan im Krieg.

Dieser Krieg ist militärisch nicht zu gewinnen. Die IG Metall und der DGB fordern von der Bundesregierung, die Bundeswehr schnellstmöglich abzuziehen. Stattdessen muss Afghanistan beim Aufbau einer nachhaltigen Zivilgesellschaft unterstützt werden. ...

Die globale Wirtschaftskrise öffnet die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Während die meisten die Zeche der Krise zahlen, bereichern sich einige we-

nige. Viele verlieren ihre Arbeitsplätze. In manchen Ländern müssen engagierte Gewerkschafter um ihr Leben fürchten. Klima- und Nahrungsmittelkrise verschärfen die Wirtschaftskrise. Kämpfe um Rohstoffe und Energiereserven sind zu befürchten.

Leider müssen wir feststellen, dass es bei den Verantwortlichen in der Politik und in der Wirtschaft kein Umdenken gibt. Konflikte, Krisen und Kriege werden nur ver-

mieden, wenn der Wohlstand in und zwischen den Staaten gerechter verteilt wird. ...

Weiterhin fordern IG Metall und DGB ein Verbot der NPD. Denn wer Frieden will, muss den Feinden der Freiheit und der Demokratie entschlossen entgegenreten. Alte und neue Nazis haben keinen Platz in unserem Land.

(Aus der Erklärung der IG Metall zum 1. September 2009, dem Antikriegstag)



Luxemburg-Liebkecht-Fonds
spenden/fördern/einlegen

Wirksamer antikapitalistischer Widerstand ist ohne finanzielle Mittel nicht zu haben. Nur ein starker Luxemburg-Liebkecht-Fonds ist in der Lage, antikapitalistische Arbeit wirksam zu fördern. Deshalb braucht der Luxemburg-Liebkecht-Fonds Spenden, Fördermitglieder, (rückzahlbare) Einlagen und zinslose Darlehen.

spenden / fördern / einlegen

Bitte abtrennen und einsenden an: Luxemburg-Liebkecht-Fonds Marienbader Str. 19 245146 Kiel

Ja, mich interessiert der Luxemburg-Liebkecht-Fonds, bitte schickt mir kostenlose Information

Name/Vorname

Alter

Straße/Nr.

PLZ/Ort

www.LL-Fonds.org

eMail info@LL-Fonds.org | Telefon 0431 - 78 65 15 | Telefax 0431 - 66 87 845

Wachsam sein!

„Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“

Otto Brenner, von 1956 bis 1972 Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall

Wie wollen wir leben?



Die Arbeitswelt und die Lebenserfahrung von jungen Malochern ist geprägt von: Praktika, Nichtübernahme nach Ausbildungsabschluss, Leiharbeit, Zeitarbeit und befristete Jobs. Das gilt inzwischen als völlig normale Erscheinung. Über 30 Prozent der Erwerbstätigen unter 35 Jahren arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Bei den Berufseinsteigern unter 24 Jahren sind sogar vier von zehn in befristeter Beschäftigung. In der gegenwärtigen Krise zeichne sich schon jetzt eine überproportionale Betroffenheit der Jugend ab. Fast vier von zehn jungen Erwerbstätigen haben in ihrem bisherigen Berufsleben den Arbeitsplatz ungewollt gewechselt und jeder dritte war bereits mehr als sechs Monate arbeitslos. Wen wundert es da, wenn nur noch ein Viertel der unter 35jährigen glaubt, dass es ihnen einmal besser gehen wird als ihren Eltern. Eine IG-Metall-Studie erbringt den Nachweis dafür, dass bereits die jeweilige Schul- bzw. die Berufsausbildung die Prekarisierung vorbestimmt. Besonders Hauptschüler haben geringere Chancen, der Falle Prekariat zu entfliehen. Und nach

dem DGB Index Gute Arbeit für junge Beschäftigte unter 30 Jahren arbeiten über 60 Prozent der jungen Menschen unter prekären Bedingungen: entweder zu Niedriglöhnen von unter 1 500 Euro brutto, und/oder in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (befristete Beschäftigung, Zeitarbeit, Minijobs). Migranten und Hauptschulabsolventen haben auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt kaum eine Chance. Die DGB-Jugend macht nun die Lebens- und Arbeitsbedingungen der jungen Beschäftigten auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene zum Topthema. Für die DGB-Jugend ist klar, es ist höchste Zeit für Gegenwehr. René Rudolf, DGB-Bundesjugendsekretär: „Prekarität ist keine Perspektive. Jugend will Veränderungen. Unser Ziel ist es, eine neue soziale Debatte innerhalb der jungen Generation zu initiieren und voranzubringen.“ Daher startet DGB-Jugend unter dem Motto: „Wie wollen wir Leben?“ eine gewerkschaftsübergreifende Offensive um auf die prekäre Lage der arbeitenden Jugend aufmerksam zu machen und notwendige Veränderungen zu voranzubringen.

Das Café



Die DKP wird sichtbar auf dem Festival der Jugend der SDAJ vertreten sein. Ab Freitag Nachmittag wird das Café K geöffnet sein: In gemütlicher Atmosphäre, bei Kaffee, Wein, Kuchen, leckeren, herzhaft gefüllten Blätterteigtaschen und/oder Gegrilltem kann Jung und Alt sich über die Politik der DKP informieren. Das bildungspolitische Forderungsprogramm der DKP von Rhein und Ruhr wird vor- und zur Diskussion gestellt. Damit verbunden wird die Frage sein, welche Beiträge die KommunistInnen für die Bewegung der SchülerInnen und StudentInnen leisten. Die Positionen und Forderungen der DKP zur Klima- und Umwelt-

politik wollen wir diskutieren und die Erfahrungen aus den aktuellen Aktionen auswerten. Unser Ziel: „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist ...“ (Karl Marx). Wie stellst du dir eine solche Gesellschaft vor? Wie stellst du dir den Sozialismus vor? Das wollen wir diskutieren und unsere eigenen Positionen und Meinungen einbringen. Wir werden einen Beitrag leisten, damit das Leben auf der Rheininsel in Köln an diesem Wochenende ein ganzes Stück bunter wird: Ohne Profit, gemeinsam und nicht einsam, solidarisch für unsere gemeinsamen Interessen, ein besseres Leben ausprobieren.

ZEIT ZU KÄMPFEN, ZEIT ZU FEIERN!

21.-24. Mai 2010

festival der jugend

THE MIGHTY MAMUT MOVEMENT • RATATOUILLE • SINAN
SKA/REGGAE/RAP SKA HIP HOP

JUGENDPARK KÖLN DIREKT AM RHEIN

KONTAKT: INFO@SDAJ-NETZ.DE

SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND **SDAJ**

Ich will

- Mehr Infos über die SDAJ
- Das Zukunftspapier der SDAJ
- Ein Probexemplar des SDAJ-Magazins „position“
- Informationen zu den Pfingstcamps der SDAJ
- Kontakt zur nächsten SDAJ-Gruppe

Name / Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ankreuzen, ausschneiden und abschicken an: SDAJ, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Tel 0201/230633, E-Mail: info@sday-online.de, www.sday-netz.de

Unendlich befristet?

Immer mehr Frauen arbeiten zu niedrigstem Lohn, in unfreiwilliger Teilzeit, befristet oder in Minijobs. Dabei spielt das Einkommen der Frauen zur Absicherung der Familie ein immer größere Rolle, denn auch immer mehr Männer sind von prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit betroffen.

Im Jahr 2008 waren schon 2,7 Millionen Menschen nur noch mit befristeten Verträgen angestellt – also 8,9 Prozent aller Beschäftigten und damit fast jeder 11. Beschäftigte.

Befristete Verträge werden in den Betrieben inzwischen als verlängerte Probezeit genutzt. Bisher muss für die Befristung noch eine nachprüfbare Begründung geliefert werden. Künftig soll die Begründung wegfallen und befristete Arbeitsverhältnisse unendlich ausgedehnt und das Kündigungs-

schutzgesetz umgangen werden. Die Bundesregierung wird wohl nach den NRW-Landtagswahlen am 9. Mai eine Gesetzesänderung durchsetzen.

Doch schon heute sind die Folgen von befristeten Arbeitsverhältnissen zerstörend. Ungewissheit wird Alltag. So wird den Arbeitenden, besonders aber den Jüngeren, jegliche Lebensplanung unmöglich gemacht. Sie sind wurzellos und verunsichert und wissen nicht ob es sich lohnt, am momentanen Arbeitsplatz sesshaft zu werden und soziale Kontakte aufzubauen. Dazu kommt: Wer z. B. ein Auto braucht um an seinen Arbeitsplatz zu kommen und dafür einen Kredit aufnehmen will, hat mit einem befristeten Arbeitsvertrag ganz schlechte Karten. Und so sicher wie der Rauschmiss bei Nicht-Wohlverhalten ist auch, dass mit Zunahme der



Zahl an befristeten Arbeitsverträgen auch die Zahl der lückenhaften „Erwerbsbiografien“ zunimmt – was zu dramatischen Spätfolgen führt.

Die Antwort auf diese Entwicklung gibt das Lied, das auf den 1. Mai Kundgebungen gemeinsam so gern gesungen wird: „Auf, auf zum Kampf, zum Kampf ...“

Sozialismus oder Barbarei



In den vergangenen zwei Jahren stieg weltweit die Zahl der Hungernden von 848 Millionen auf 923 Millionen Menschen, d. h. jeder siebte Mensch auf dieser Erde ist unterernährt. Tendenz steigend. Seit Jahrzehnten sterben täglich mehr als 20 000 Menschen an den Folgen von Hunger. Doch sie hungern und sterben nicht etwa, weil es zu wenig Lebensmittel gibt, sondern weil sie deren

Marktpreise nicht zahlen können.

Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger. Solange mit der Entfesselung der Märkte nur millionenfaches Elend und Verrecken verbunden waren, waren das keine Themen für Fernseh-Sondersendungen und Rettungsprogramme der Regierungen. Aber was Kinder, Arme, Kranke, Hungernde nicht schafften, das haben notleidende Banken im Handumdrehen geschafft. Milliar-

denschwere Rettungsschirme wurden aufgespannt, um die Vermögen der Reichen zu schützen. Vergessen scheinen Klimakatastrophe, Welternährungskrise und der Hunger von Millionen Menschen.

Gerade die Finanzmarktkrise zeigt: Das Geld, das angeblich für ein menschliches Gesundheitswesen, für armutsfeste Renten oder ein besseres Schulsystem fehlt, ist plötzlich im Überfluss vorhanden,

wenn es darum geht, die Milliarden Spekulationsverluste der Banken zu „sozialisieren“.

Das macht deutlich: In diesem Gesellschaftssystem sind die verbesserten Profitbedingungen für die Konzerne der absolute Dreh- und Angelpunkt aller Maßnahmen. Die Effektivität der Wirtschaft wird einzig an der Rentabilität des Kapitals gemessen und nicht an der Erfüllung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen. Dies gilt es zu verändern.

Das ist nicht möglich, wenn man im Rahmen der Sachzwänge des Kapitals bleibt! Dazu ist der Bruch mit dem Kapitalismus notwendig, die von Ausbeutung freie gesellschaftliche Arbeit, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die gesellschaftliche Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die Perspektive einer solchen Gesellschaft ist kein frommer Wunsch. Sie erwächst aus den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft selbst. Deren Krisenentwicklungen sind es, die die Notwendigkeit und Möglichkeit des Sozialismus immer wieder neu hervorbringen.

Nie wieder Faschismus!



In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 unterzeichneten Vertreter der Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation. Das faschistische Deutschland war besiegt: durch den antifaschistischen Widerstandskampf, die Illegalen, die Kämpfer in den Zuchthäusern

und Konzentrationslagern, die Partisanen und die Kämpfer der Armeen der Antihitlerkoalition.

1945 schworen viele Menschen Schlussfolgerungen zu ziehen, Krieg und Faschismus nie wieder zuzulassen. Doch der Antikommunismus wurde im Westen Deutschlands

bald wieder zur Staatsdoktrin, Nazi- und Kriegsverbrecher wurden rehabilitiert, die alten Macht- und Eigentumsverhältnisse wieder hergestellt. Es wurde wieder aufgerüstet. Kommunistinnen und Kommunisten stellten sich in Ost wie West dagegen. In der DDR engagierten

sie und viele andere sich für den Aufbau eines antifaschistischen, friedliebenden, sozialistischen Staates.

Der Antikommunismus blieb nach 1990 Staatsdoktrin. Die DDR wird nur noch als „Unrechtsstaat“ dargestellt, schlimmer als das Nazireich. Der Antifaschismus der DDR wird verleumdet: Er sei „verordnet“ gewesen. Eben dieser Antifaschismus täte der Bundesrepublik heute und künftig gut! Dagegen werden gesellschaftliche Hintergründe des Faschismus sowie die Zusammenhänge von Kapital und faschistischem Machtanspruch verschwiegen oder verfälscht.

Heute ist es notwendig, hierzulande wie international den Kampf gegen faschistische Strukturen und Denkweisen sowie die Ursachen des Faschismus und für ein Verbot der NPD weiter zu verstärken. Wir fordern das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen und Parteien, das Verbot neofaschistischer, rassistischer, ausländereindlicher Aktivitäten entsprechend Art. 139 Grundgesetz.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ Rote Fahnen sieht man besser

Jetzt 4 Wochen kostenlos zur Probe bestellen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

No NPD

Wir fordern gemeinsam mit anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten das Verbot sowie die Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen, vor allem der NPD. Das entspricht Artikel 139 des Grundgesetzes.

Die Mitglieder der DKP sind aktiv in antifaschistischen Organisationen und Bündnissen. Sie suchen die Gemeinsamkeit mit all jenen Kräften – vor allem jungen Menschen – die sich gegen Faschismus, Rassismus und Krieg für die Rechte der Migrantinnen und Migranten, der Asylsuchenden und gegen weitere Einschränkung demokratischer Grundrechten einsetzen.

nonpd
NPD-Verbot jetzt!